

## BIOPOLITISCHE FORDERUNGEN VON VORGESTERN

Von Stefan Rehder und Stephan Baier

Wenn das große Obama-Land Amerika mit Embryonen forschen darf, dann wollen kleine Europäer in Österreich und der Schweiz das auch dürfen



Obama hat den Kurs vorgegeben. Nun versuchen auch kleine Länder in Europa in der embryonalen Stammzellforschung aufzuholen. Foto: dpa

Der Erlass, mit dem US-Präsident Barack Obama in der vergangenen Woche die von George W. Bush verfügten Einschränkungen bei der staatlichen Förderung der Forschung mit humanen embryonalen Stammzellen in den USA aufhob, schlägt in vielen Ländern Europas hohe Wellen.

So will der Schweizer Nationalfonds die Forschung mit embryonalen Stammzellen in der Schweiz in den nächsten fünf Jahren mit 10 Millionen Franken (rund 6,5 Millionen Euro) fördern. FDP-Ständerat Felix Gutzwiller macht sich gar für eine Gesetzesänderung stark, die Forschern in der Schweiz die Gewinnung humaner embryonaler Stammzellen aus eigens für die Forschung produzierten menschlichen Embryonen erlauben soll. Bislang dürfen Forscher in der Schweiz Stammzellen nur aus menschlichen Embryonen gewinnen, die zum Zweck einer künstlichen Befruchtung hergestellt, dann aber für eine solche nicht mehr benötigt werden. Eine Novellierung des seit 2004 geltenden Gesetzes würde jedoch eine Änderung der Verfassung erfordern. „Ich bin überzeugt, dass wir in der Embryonenforschung nicht an der Weltspitze mitmachen können, wenn wir nicht die Verfassung ändern“, sagte Gutzwiller, der mit einer Arbeitsgruppe an einem Entwurf für eine Verfassungsänderung arbeitet, dem Schweizer Fernsehen.

Dagegen kritisierte die SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga das neue Forschungsprogramm. Sie befürchtet, dass der Embryonenschutz durch das Millionenprogramm unter Druck kommt und kündigte an: „Ich werde wachsam sein. Wenn sich zeigt, dass die Forscher die Gelder missbrauchen, um die Politik unter Druck zu setzen, werde ich im Parlament aktiv.“

Kritik am neuen Forschungsprogramm äußerte auch die Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Ärztinnen und Ärzte der Schweiz (AGEAS). Deren Vorstand zeigte sich besorgt über die Entwicklung in der Fortpflanzungsmedizin und der Stammzellforschung in der Schweiz. Mit dem Millionenkredit für die embryonale Stammzellforschung und der damit verknüpften Botschaft, gesetzliche Bestimmungen müssten gelockert werden, signalisiere die Regierung die Marschrichtung hin in einen „ethisch höchst bedenklichen Bereich“.

In Deutschland begrüßten der Bonner Stammzellforscher Oliver Brüstle und die FDP-Bundestagsabgeordnete Ulrike Flach Obamas Entscheidung. Der Erlass des US-Präsidenten mache deutlich, welche Bedeutung der Stammzellforschung aus biomedizinischer und politischer Sicht beigemessen werde, erklärte Brüstle gegenüber dem Bonner „General-Anzeiger“. Nun sei zu wünschen, dass es auch in Deutschland zu einer weiteren Öffnung der Stammzellforschung komme. Die technologiepolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Ulrike Flach erklärte: „Für Deutschland bedeutet die Entscheidung Präsident Obamas, dass denjenigen, die die USA als Beispiel gegen staatliche Forschungsförderung embryonaler Stammzellen ins Feld führten, der Boden entzogen ist.“ Wenn „ein tief religiöses Land wie die USA“ die Forschung an em-bryonalen Stammzellen fördere, dann brächen die „Argumentationslinien der Forschungsgegner in Deutschland zusammen“, sagte Flach. Die FDP gilt als Wunsch kandidat von Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine Koalition nach den Bundestagswahlen in diesem Herbst.

In Österreich hat sich die Bioethikkommission am Montag mit 17 gegen fünf Stimmen dafür ausgesprochen, aus In-vitro-Fertilisation gewonnene, sogenannte überzählige Embryonen für die Forschung freizugeben. Die Embryonen, die in Österreich nach geltender Rechtslage nach dem Ablauf einer Frist vernichtet werden, sollen für die em-bryonale Stammzellforschung und für Experimente zum therapeutischen Klonen verwendet werden. Abgelehnt wird von der Bioethikkommission, die ein von der Bundesregierung eingesetztes, jedoch politisch weisungsunabhängiges Expertengremium ist, die Herstellung von menschlichen Em-bryonen rein zu Forschungszwecken.

Bis Ende dieser Woche wollen die Mitglieder der Bioethikkommission ein Positionspapier erarbeiten, in dem sowohl die Argumente der Mehrheit als auch jene der Minderheit erläutert werden. Erst am kommenden Montag will die Bioethikkommission mit einer Presseerklärung ihre neueste

Empfehlung an die Bundesregierung erläutern. Bis dahin war Stillschweigen vereinbart. Dennoch erklärte der evangelische Theologe Ulrich Körtner, ein Befürworter der embryonalen Stammzellforschung, gegenüber der Nachrichtenagentur APA, er habe wenig Hoffnung, dass diese Empfehlung in absehbarer Zeit zu einer gesetzlichen Regelung führen werde. Körtner wörtlich: „Dabei wäre es dringend nötig: Bis heute ist vieles in Österreich einfach unreguliert, und die Entwicklungen international schreiten rasch voran.“

Dies deckt sich mit der Argumentation der Vorsitzenden der Bioethikkommission, der Wiener Juristin Christiane Druml, die gegenüber Medien „eine Regelung“ anmahnte. Druml hatte bereits vor der Sitzung der Bioethikkommission in einem Rundfunkinterview auf die Entscheidung des neuen US-Präsidenten verwiesen: „Wenn ein Land wie die USA in einer ökonomischen Krise mehr Geld für die embryonale Stammzellforschung freigeben will, dann hat das doch etwas zu bedeuten.“ Auch in Österreich solle diese Forschung deshalb „möglich und gefördert“ werden. Tatsächlich hat Österreich bisher kein Embryonenschutzgesetz, sondern nur ein Fortpflanzungsmedizingesetz, das die Herstellung embryonaler Stammzellen verbietet. Die Frage des Imports ist darin nicht geregelt, woraus Christiane Druml schließt, dass es in Österreich „zwar möglich ist, an importierten Stammzellen zu forschen, nicht aber aus den im Rahmen der In-vitro-Fertilisation übriggebliebenen Embryonen, die der Vernichtung preisgegeben werden, Stammzellen zu gewinnen“.

Scharfer Widerspruch kommt von der „Aktion Leben“, deren Generalsekretärin Martina Kronthaler kein Verständnis dafür hätte, wenn „die Fortpflanzungsmedizin gleichzeitig der Forschung Embryonen zur Verfügung stellt“. Kronthaler wörtlich: „Der embryonale Mensch ist kein Rohstoff!“ Die Bundesregierung könne sich „große Verdienste erwerben, indem sie die Forschung an adulten Stammzellen fördert und damit voranbringt“. Die Österreichische Bischofskonferenz hatte im Vorjahr „ein absolutes gesetzliches Verbot jeglicher verbrauchender Forschung mit menschlichen Embryonen“ gefordert. Die Tötung menschlicher Embryonen zur Gewinnung embryonaler Stammzellen sei mit der Menschenwürde und dem Recht auf Leben unvereinbar, betonte die Bischofskonferenz.

Auch das von der Bischofskonferenz anerkannte „Institut für medizinische Anthropologie und Bioethik“ (IMABE) in Wien zeigt sich entsetzt über die Beschlüsse der Bioethikkommission. IMABE-Generalsekretär Enrique Prat sprach auf Anfrage dieser Zeitung am Mittwoch von „Forderungen von vorgestern“. Prat gegenüber der „Tagespost“: Die ganze wissenschaftliche Gemeinde sei damit einverstanden, dass die Forschung mit induzierten pluripotenten Stammzellen (iPS) „der Weg der Zukunft ist“. Es gebe von fachlicher Seite kein Argument, den von der Bioethikkommission vorgeschlagenen Weg zu gehen.

Das sehen Kritiker des Erlasses von Obama in den USA ähnlich. „Die adulten Stammzellen sind diejenigen, die tatsächlich den Patienten helfen. Es geht ums Geld, um die Dollars der Steuerzahler. Wir leben in harten Zeiten. Wenn es uns wirklich um das Wohlergehen der Patienten geht, dann sollten wir unsere Steuern dort investieren, wo wir ihnen möglichst umgehend helfen können“, sagt David Prentice vom christlichen „Family Research Council“.